Die Arbeit an den einzelnen Punkten der hiermit vorgelegten Konzeption wird von der AKTION JUGENDZENTRUM weitergetrieben. Wir erbitten Rückfragen, kritische Einschätzungen und Angebote zur weiteren Mitarbeit an folgende Kontaktadresse: REINHART SCHMOLL, 68 MANNHEIM,

FRIEDRICH - EBERT - STR. 62 TEL. 37 57 64

Schutzgebühr DM 1.50

Spendenkonto der AKTION JUGENDZENTRUM: Bank für Gemeinwirtschaft, Nr. 1275043800

# AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG

KONZEPTION DES JUGENDZENTRUMS
"DIE FABRIK"
IN DER INNENSTADT MANNHEIMS

ANALYSE
ENTWURF
EINSCHÄTZUNG

0.

Das vorliegende Papier dient in allererster Linie dazu, uns Jugendlichen der Stadt Mannheim zu einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung zu verhelfen. Es sammelt Analysen, Entwürfe und Einschätzungen, die unmittelbar im zusammenhang stehen mit unserer Forderung.

In einem Gespräch mit der Stadt, vertreten durch den Bürgermeister für Sozialwesen Dr. martini und Persönlichkeiten des Jugendamtes, am 8.5.72 war von uns angeboten worden. innerhalb der nächsten zwei Monate eine Konzeption auszuarbeiten, wie wir uns die Selbstverwaltung dieses Jugendzentrums vorstellen. Die Stadt bot ihrerseits an, sich um mealisationsmöglichkeiten dieses Projekts zu bemühen. Inhaltlich muß dieses Jugendzentrum aus unseren Bedürfnissen erwachsen und darf nicht durch langfristige Planungen der städtischen Verwaltungsbehörden in eine unabsehbare Zukunft verzögert werden. Ebensowenig nützen uns bloß rhetorische Versprechungen der Politiker, in deren Mund sich das Wort "sozial" schon allzuoft abgenutzt hat. Die soziale Dringlichkeit des Projekts verlangt, daß unserer Diskussionsgrundlage praktisches Handeln folgen muß. Diskutieren könnnen wir auch noch im Jugendzentrum selbst. Aber jetzt brauchen wir es.

Das jetzt vorliegende Papier ist sicher ergänzungsbedürftig. Denn wir hatten nicht die möglichkeit, innerhalb weniger Wochen zu einem festen Kollektiv zu werden, das alle Momente der aufgeworfenen Problematik klären konnte. Eine kontinuierliche Arbeitsweise scheiterte schon an den räumlichen Bedingungen, an der Tatsache, daß keine festen Treffpunkte zur Verfügung standen, an denen sich die einzelnen Arbeitsgruppen permanent zusammenfinden konnten. Ohne die Unterstützung des BdkJ hätten Plenumsversammlungen überhaupt nicht stattfinden können. So kam dieses Papier unter unendlichen Schwierigkeiten zustande.

An dieser Konzeption haben in den letzten wochen ständig zwischen 40 und 60 Jugendliche gearbeitet, die sich in

der AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG organisiert haben. Die Teilnahme an der Aktion stand und steht jedem Jugendlichen offen. Entsprechend dieser zusammensetzung vertritt die AKTION JUGENDZENTRUM keine einheitliche politische Richtung im Sinne einer politischen Partei, sondern sucht die konkreten Bedürfnisse der Jugendlichen im Hinblick auf ihre Freizeitsituation allererst auf eine politische Ebene zu heben. Wie sehr die Jugendlichen selbst die AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG als ihre derzeitige Interessenvertretung empfinden, zeigt sich an der außerordentlich regen Diskussion unter denjenigen Jugendlichen, die nicht unmittelbar an der Ausarbeitung dieser Konzeption beteiligt waren. Auch sie haben uns mit Anregungen und Vorschlägen unterstützt. Sie sind ebenso ungezählt wie die jenigen, von denen wir nur wissen, daß sie da sind und wie wir auf der Straße stehen.

AKTION JUGENDZENTRUM
IN SELBSTVERWALTUNG

Mannheim, den 17.6.72

Verantwortlich:

Fachschaft Allgemeine Hauskonzeption:

Gundolf Frost - Tine Seebohm

rachschaft Konkrete Hauskonzeption :

Petra Savoos - Reinhart Schmoll

Fachschaft Öffentlichkeitsarbeit:

Wolfgang Knips-Hasse - Carola

Schmige

Redaktionelle Mitarbeit : Dagmar Groß - Romi Seebohm -

Peter Wagner

und reagierte mit Gewalt. Beimassiven rolizeieinsätzen wurden über 150 Jugendliche verhaftet. Die meisten von ihnen haben gegenwärtig ein Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten, wie das formal so schön heißt, zu erwarten. Argumente: "Die Ordnung ist schließlich wichtiger als die Interessen von so ein paar Langhaarigen! Und was heißt hier schon Interessen! Die haben doch gar keine, die hängen doch nur rum, und desthalb haben die gar nichts zu wollen!" Wo hier etwas nicht in Ordnung ist, dürfte eigentlich klar sein.

Ebensowenig hat die Presse angemessen auf die entstandene Problematik reagiert. Der Mannheimer Morgen erging sich in tendenziöser Sensationsberichterstattung. Tendenziös deshalb. weil er nur die Neugierde der Offentlichkeit befriedigen wollte, anstatt die Ereignisse auf ihren inhaltlichen Kern zurückzuführen und damit Information als Problemorientierung zu liefern. Er limentierte vielmehr, wie schwer es die Polizei doch gegenwärtig habe, diffamierte die Jugendlichen als Halb-Kriminelle und war nicht bereit, die bestehende Misere von ihren Ursachen her deutlich zu machen und so die betroffenen Jugendlichen publizistisch zu unterstützen. Auch die behördlichen Jugendvertreter haben in dieser Phase der Ereignisse versagt. Sie schalteten sich nur zögernd ein, zeigten hilflose Betroffenheit und konnten die Situation nicht entschärfen, weil sie keine dauerhaften Lösungen anzubieten hatten.

Venn es um akute Notstände der Jugendfreizeitgestaltung gegenüber den Profitinteressen von Club-Pächtern geht, sind nufe nach mehr Staatsgewalt, Polizeieinsätze, Diffamierungen und Peststellungen des Bedauerns keine Maltungen der Öffentlichkeit, die die betroffenen Jugendlichen, die ihre Verzweiflung über ihre Rechtlosigkeit im Protest ventilieren, Perspektiven eröffnen könnten. In den sich an die Schließung des Domicil 11 anschließenden Protestaktionen wurde die Offentlichkeit mit einer Problematik konfrontiert, die auf einer grundsätzlichen Ebene verhandelt werden muß. Diese Ebene kann nur eine politische sein. Denn inzwischen ist zwar äußerlich die Ruhe wiederhergestellt, aber der Notstand besteht weiter.

Den betroffenen Jugendlichen wurde klar, daß dieser Notstand nur durch Eigeninitiative bezeitigt werden konnte. Im Verlauf der Woche vom 2.5.72 ab setzten sie zwar ihre Protestaktionen auf der Straße fort, suchten aber auch durch Diskussionen untereinander und mit Vertretern der Stadt nach weiteren Möglichkeiten. Der Paradeplatz pot sich als öffentliches Aktionsfeld an, auf dem die Jugendlichen zumindest diskutieren und ihre Vorstellungen über ein gemeinsames Vorgehen klären konnten.

Das Angebot der Stadt, uns mit zur Verfügung gestellten Bussen in Jugendhäuser der Außenbezirke zu transportieren, wurde abgelehnt. Wir wollten uns nicht abdrängen lassen, um eine Spaltung und Zersplitterung der Aktion zu verhindern. Es war klar, daß nur durch ein einheitliches,geschlossenes Vorgehen etwas erreicht werden konnte. Es konnte zu diesem Zeitpunkt nicht mehr nur um die Wiedereröffnung des Domizil gehen, sondern um grundsätzlichere Lösungen, die sich in der Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung miederschlugen und artikulierten.

Die Inanspruchnahme des Paradeplatzes beendete die Phase direkter Konfrontationen und stabilisierte die Aktion. Es wurde erreicht, daß uns der Paradeplatz allabendlich in der Zeit von 19 bis 22 Uhr zu Diskussionen zur Verfügung stand, ohne daß diese öffentliche Versammlung gleich als Aufruhr und öffentliche Ruhestörung mißdeutet werden konnte. Gleichzeitig konnten dadurch die ersten gemeinsamen Überlegungen in Gang kommen, nachdem uns im "Haus der Jugend" ein Versammlungsraum zur Verfügung stand. Die Wiederöffnung des Domicil I, die zumindest einem Teil der Jugendlichen endlich Unterkunft bot, konnte nur mehr als Verlegenheitslösung angesehen werden. Im Bewußtsein der Notwendigkeit der Selbsthilfe waren wir bereits über zu spät kommende Entscheidungen der Stadt hinweggegangen.

## MANIPULATION ODER AKTIVIERUNG?

1.2

Die größte Schwierigkeit, die Jugendlichen in einer gemeinsamen Aktion zu vereinheitlichen, lag in den Jugendlichen selbst. In der Öffentlichkeit wurde diese Schwierigkeit sofort dahingehend interpretiert, daß hier nur wieder einmal linke Radikale die entstandene Situation für sich ausschlachten wollten und jetzt die Jugendlichen manipulieren würden. Wer so argumentiert, sollte erst einmal das Klima von Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung, von Resignation und Ziellosigkeit innerhalb der Jugend kennen, um vielleicht zu der besseren Einsicht zu gelangen, was es heißt, Jugendliche aus sich selbst heraus aktivieren zu wollen, und wie notwendig diese Aktivierung ist. Deshalb dokumentieren wir hier Außerungen von Jugendlichen, die in der Anfangsphase der Solidarisierung entstanden sind:

"...Verschiedene Leute von uns führten auch Verhandlungen mit den Stadträten, aber dabei kam sehr wenig
heraus. Es hat ja auch wenig Zweck, daß ein paar Leute
oben waren auf dem Bürgermeisteramt. Nämlich die da
oben sind ja alle voreingenommen schon, weil sie meinen, das sind Gammler, Hascher und Fixer und so weiter..." (15.Jahre, Volksschüler)

"...Jetzt können wir uns jeden Abend von 7 bis 10 auf dem raradeplatz treffen, um zu sprechen. Es werden immer wieder neue Flugblätter verteilt, aber es kommt nicht viel dabei raus. <u>Das will die rolizei nur...</u>"
(15 Jahre, volksschüler)

Wer so gedankenlos vorutteile produziert wie eine weitgehend entpolitisierte Öffentlichkeit, darf sich eigentlich nicht wundern, wenn Vorurteile so auf sie zurückkommen. Mit dem Vorurteil erspart man sich nämlich die Aktivität, ja bereits den Wunsch, eine als schlecht erkannte Situation eingreifend verändern zu wollen. Das gilt in einem geradezu erschreckenden Maße für uns Jugendliche selbst. Auch bei uns halten sich vorurteil und Inaktivität die Waage. Und genau das gilt es zu ändern, damit endlich "was bei raus kommt".

Wie schwierig es ist, Momente der Veränderung in das Bewußtsein der Jugendlichen einzubringen, zeigt sich am deutlichsten in der Tatsache, daß für viele die Forderung nach einem Jugendzentrum gar nicht vorstellbar war. Entweder plädierten sie für die alte, schon bewährte Lösung und hielten gleichsam am status quo fest, oder sie dachten sich die Lösung in geradezu bescheidenster weise:

- "...Die best möglichkeit, nach meiner Meinung, wär, daß man so nen Raum wie das Domicil II einrichtet, daß sich die Jugendliche da treffe könne..." (15 Jahre, Maschinenschlosserlehrling)
- "...Man war der meinung, daß ein neues naus her muß, aber nicht wieder wie das Domicil, so ein Nepplokal, sondern ein anderes mit Selbstverwaltung, wo man zwei Räume hat, einen zum Diskutieren und einen, um Musik zu hören..." (15 Jahre, volksschüler)

In der Bescheidenheit der Forderung wird deutlich, daß man schon gar nicht mehr daran glaubt, in dieser Gesellschaft vielleicht auch so etwas wie Rechte zu haben. Von dem Mangel an Phantasie, der seine eigenen gesellschaftlichen Ursachen hat und sich in Lösungen flüchtet, die keine sind, gar nicht zu reden. Wem sich hier nicht die gesellschaftspolitische Aufgabe stellt, Momente der veränderung in das Dewußtsein einzubringen, kann kaum mehr als verantwortungsbewußt bezeichnet werden.

Dazu kommt, daß lch-Identität und Selbstbewußtsein unter den Jugendlichen schwach ausgeprägt sind. Das zeigt sich auch in den vorliegenden Außerungen. Viele sind gar nicht fähig, die Identität ihrer Problemlage mit ihren Interessen zu erkennen, aufrecht zu erhalten oder gar aufzubauen. Indem sie sie sich zwar an den Protestaktionen beteiligten, um sich im nachhinein gleichsam wieder davon zu distanzieren, zeigten sie uns, wie sehr aktivierende Beeinflussung notwendig ist, um überhaupt zu einer Basis gemeinsamen Handelns zu kommen:

"...Dann, als wir an den Tower gegangen sind, haben wir gehört, daß Domicil I auf ist, und daß das nicht genug ist, wenn das Domicil I auf ist, daß sie en Haus wollten, wo sie reinkönnen, oder für ne Gruppe irgendwie

en Raum, oder sowas, wo alle reingehen, net nur, daß die Hälft auf der Straß rumliegt oder so..."

Da protestieren also einige, und andere haben gar keine andere Alternative, als am Wasserturm herumzulungern und begreifen nicht einmal, daß diejenigen, die da protestieren, es auch für die tun, die am Wasserturm herumlungern müssen. Wenn die Isolation der Jugendlichen untereinander schon so weit geht, daß gemeinsame Interessen nicht einmal mehr als solche erkannt werden, dann hat diese Isolation Folgen. Die rolgen sind sehr genau erkennbar. Sie liegen entweder in totaler nesignation oder in der utopistischen Hoffnung, daß sich etwas ändert, wenn man erwachsen ist:

"...Also, ich mein, Demonstrieren, so wie sie's vor einer Woche jeden Tag gemacht haben: <u>Kommen auch nicht</u> weiter, die Leut!..." (15 Jahre, Volksschüler)

"...Da müssen wir wahrscheinlich 5 Jahre warten, bis die Stadt ein Jugendcenter organisieren kann. Speziell ich glaub, daß vielleicht eins entstehen wird, aber des werd uns wenig nützen, des Jugendcenter, denn in fünf Jahren hat wahrscheinlich jeder von uns ne eigene Familie... (15 Jahre, Kfz-Mechanikerlehrling)

Die Verinnerlichung kleinbürgerlicher Ideologien wie etwa der, daß das Glück des webens erst mit der Gründung einer Familie beginne, darf nicht die einzige Perspektive sein, die die Gesellschaft der Jugend anzubieten hat. Das Unmaß sinnentleerter, lustlos verlebter Zeit, das sich in einem Größteil der Jugend reproduziert, ist Aufforderung genug, nach Lösungen zu suchen.

Die Lösung, die es zu suchen gilt, muß die anstehende Problematik aufarbeiten können. Sie muß fähig sein, der Jugend ihre Rechte auf einen eigenen Lebensraum herzustellen, ihr unterdrücktes bewußtsein und ihre gleichstalls unterdrückte Phantasie zu aktivieren und zu befreien, ihre Ich-Schwäche über gruppendynnamische Prozesse und kollektive Lernerfahrungen abzubauen, dies als notwendige Politisierung begreifzur / machen, und sie muß eine Lösung sein, die den Jugendlichen Spaß macht. Die AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG hat sich zur Aufgabe gestellt, nach dieser Lösung zu suchen.

Die Lösung, die die Stadt bisher anzubieten wußte, ist keine Lösung. Mit der Wiedereröffnung des Domicil I wurde ein Loch gestopft, indem ein anderes aufgemacht wurde:

"...Da ham mer grad welche getroffe, die sin wieder an den Paradeplatz gange. Da ist die Sachlage erst mal berichtet worden, daß Domicil II nicht mehr aufgemacht wird, und daß das Domicil I aufgemacht wird, Da hat jemand dann protestiert dagegen. Ist ganz klar, weil ins Domicil I passen vielleicht 50 Leute rein, und an die 1000 ungefähr stehen dann auf der Straße und so..." (15 Jahre, Volksschüler)

"... pie Öffnung des Domicils, find ich, ist mach meinem Standpunkt eine schlechte Lösung. Das heißt, es soll nur eine Ubergangslösung sein. Erstens sind des mal 1000 Mitglieder, und in das Domicil I passen um 150 oder so knapp 200 Mann rein, und die zusammengedrückt. Und die anderen stehen wieder auf der Straße. Das finde ich keine Lösung. Also im Grund genommen protestieren wir für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Die Stadt hat auch gesagt, daß sie uns ein Haus zur verfügung stellen will, das wir selbst verwalten können, aber wann und wo, das wissen wir noch nicht..." (16 Jahre, Lehrling)

Offensichtlich weiß ein Teil der Jugendlichen sehr gut, worum es ihnen geht. Dazu bedarf es nicht erst angeblichen Manipulation, auch wenn der größere Teil der Jugendlicher eine Perspektiven eröffnende Aktivierung bitter nötig hat. Was diese Jugend im moment brauchte, war eine Interessenvertretung, die ihnen behilflich ist, ihre Interessen durchzusetzen. Die AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG versteht sich als diese legitime Interessenvertretung, gerade weil in ihr die Jugendlichen selbst tätig werden, um ihre Interessen durchzusetzen.

Es wäre freilich falsch, diese Aktion nur als Ausdruck eines Generationskonfliktes zu begreifen. In einer Gesellschaft, in der die Frage der Neuordnung des Bodenbesitzes ein politisches Tabu ist, muß der der Jugend zugestandene Lebensraum notwendig immer weniger werden, weil sie keine Möglichkeit hat, sich diesen Raum einfach zu kaufen. Wir möchten an dieser stelle daran erinnern, daß auch die CDU/CSU die

Frage der Grundbesitzverhältnisse einmal in ihrem Parteiprogramm hatte. Davon weiß sie heute nicht mehr allzu viel. wir möchten ebenfalls daran erinnern, daß das Recht der Jugend auf Wohlfahrt im Grundgesetz verankert ist. wir erinnern weiterhin daran, daß zur gleichen zeit, als die Protestaktionen liefen, von den Litfaßsäulen herab die in diesem Zusammenhang zynische Frage gestellt wurde, ob Mannheim eine lebenswerte Stadt sei. Diese Frage bezog sich auf eine Ausstellung, die den bemerkenswerten Namen "Profitopolis" trug. Wir erinnern an diese Dinge deshalb, weil wir wissen, wie folgenlos politische uberzeugungen, Verfassungsanspruch, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen in dieser Gesellschaft sind. Gesellschaftliche und politische Grundfragen lassen sich nicht auf der sbene von Scheingefechten austragen in der Art, daß wir nur die Jugendlichen, d.h. uns selbst manipulieren wollten.

Aktivierung tut not. Nicht nur unter uns selbst, sondern auch und gerade in der Öffentlichkeit. Wir haben begonnen, die für diese Aktivierung richtige Fragestellung zu entwickeln. Wir werden in Zukunft fragen, was man von unserem juristischen modell der belbstverwaltung hält? Wir werden tragen, wer uns durch den Eintritt in einen Trägerverein unterstützt? Wir werden fragen, ob wir mit unserer naushaltsplanung für ein Jugendzentrum hinkommen? Wir werden fragen, ob sich für unsere pädagogischen vorstellungen Mitarbeiter finden lassen? In diesen Fragen liegen die Momente, durch die sich in unserer Situation etwas verändern kann. und diese veränderung wollen wir herbeiführen.

## DIE AKTION JUGENDZENTRUM

Nachdem bekannt wurde, daß der Jazzclub Genesis auf Betreiben der Behörden geschlossen werden sollte, fand am 23.4.72 dort ein Informationsabend statt, auf dem zum ersten mal die Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung in der Mannheimer Innenstadt erhaben wurde. Am gleichen Abend konstituierte sich das Komitee AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG. Zielsetzung dieses Komitees war, die Weiterführung dem Genesis zu erreichen und die Forderung nach einem Jugendzentrum in die Öffentlichkeit zu tragen. Die Schließung des Domizil II in der Innenstadt und die Schließung des Experiment auf der Vogelstang ließen erkennen, daß über die Forderung hinaus die Planung eines Jugendzentrums von der AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG selbst in die Hand genommenwerden mußte.

Die AKTION JUGENDZENTRUM hat inzwischen erreicht, daß sich die betroffenen Jugendlichen des Genesis, des Domizil II und des Experiments untereinander solidarisierten. Durch die nachfolgenden Aktionen wurde die Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum in das Bewußtsein einer breiten Offentlichkeit getragen. In der Demonstration am 17.5.72 fand diese Art der Aktivierung ihren Abschluß.

Es kam darauf an, im Hinblick auf die Realisierung eines Jugendzentrums konkrete Vorstellungen zu erarbeiten. In den folgenden Wochen bildeten die in der Aktion organisierten Jugendlichen feste Arbeitskreise mit verschiedener Themenstellung. Aus dieser Arbeitsweise in Arbeitskreisen entwickelten sich unsere Vorstellungen über ein Modell der inneren Selbstverwaltung. Es kam zur Bildung von Fachschaften, in denen die verschiedenen Aspekte der konzeption erarbeitet wurden, und zur Bildung eines delegierten Vorstandes, der die Arbeit der Fachschaften zu koordinieren hat. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß sich unsere Modellvorstellungen in der Praxis bewähren.

Die Zielsetzungen der in der AKTION JUGENDZENTRUM arbeitenden Jugendlichen für die Organisation des Projektes sind:

die Selbstbestimmung der im Jugendzentrum aufzubauenden Aktivitäten.

die Selbstverwaltung der aufzubauenden Einrichtungen, die Selbstverwaltung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

die Mitverantwortung für die im Jugendzentrum festangestellten Mitarbeiter.

die Selbsterziehung aller durch das Kollektiv.

Diese Zielsetzungen basieren einerseits auf der Einsicht in juristische Notwendigkeiten des Projekts, wie andererseits auf unseren konkreten bedürfnissen, die Belbstbestimmung und Selbstverwaltung sozialpädagogisch notwendig machen. Die Einrichtung des Jugendzentrums soll uns die rähigkeit zum selbständigen und zugleich kollektiv-solidarischen Handeln vermitteln, die notwendig ist, um auf unsere soziale Situation reagieren zu können, und damit das tiefere Abgleiten in subkulturelle Formen der konfliktaustragung zu vermeiden.

wir übersehen nicht die Schwierigkeiten individueller Selbstentfaltung in der Form kollektiver selbsterziehung. Es ist nicht zu erwarten. daß wir von vornherein fähig sind, diese Schwierigkeiten allein von uns aus zu meistern. Gerade die im Jugendzentrum tätigen Sozialarbeiter müssen relativ hohen Anforderungen genügen, wenn sie zu erwartende Identitätskrisen und Anpassungszwänge auffangen sollen. Andererseits liegt es im interesse von uns selbst, den einzelnen Jugendlichen über die Aktivierung in einem bestimmten Arbeitsber in reich aus Reproduktionen der für ihn bisher als verbindlich angesehenen verhaltensweisen herauszuführen. Das Zusammenleben im Jugendzentrum, insbesondere in den einzelnen Arbeits gruppen, kann sich nicht durch individuelle beliebigkeit - jeder tut, was er will! - auszeichnen, sondern nur durch die verbindlichkeit der durch die Einrichtung des Jugendzentrums gestellten Aufgaben.

Die Richtigkeit unserer Zielvorstellungen erwies sich an den Erfahrungen der Praxis, soweit wir sie bis jetzt entwickeln konnten. Die Dringlichkeit, die Aktion voranzutreiben, und die vorliegende Konzeption der Öffentlichkeit zu übergeben, machte ein weitgehend arbeitsteiliges Vorgehen notwendig, wobei der Einzelne einerseits eigene Aktivitäten zu entwikkeln hatte und sich andererseits auf die aktivitäten der anderen unbedingt verlassen mußte. Das kooperative Vorgehen hat sich bislang in folgenden Fachschaften und Ausschüssen formalisiert:

#### Fachschaft Offentlichkeitsarbeit:

Sie stellt sich die Aufgabe, die Offentlichkeit auf die Problematik der Freizeitgestaltung aufmerksam zu machen und über die konkreten Schwierigkeiten aufzuklären, die wir hinsichtlich dieser Problematik im haum der Stadt Mannheim haben. Sie bereitete die Demonstration vom 17.5. vor, verfaßte Flugblätter an die Jugendlichen wie für die weitere Öffentlichkeit, machte Unterschriftensammlungen, um den Gemeinderat der stadt auf die breite Basis unserer Forderung hinzuweisen.

#### Fachschaft Allgemeine Hauskonzeption:

Ihr ist die Aufgabe gestellt, die Zielsetzung der AKTION JU-GENDZENTRUM zu definieren, Analysen der Freizeitproblematik und der bestehenden Jugendeinrichtungen zu liefern, den Entwurf eines juristischen Modells der Selbstverwaltung zu erstellen und in die Gesamtkonzeption einzubringen.

#### Fachschaft Konkrete Hauskonzeption:

Ihre Aufgabe ist, die als Jugendzentrum in Aussicht stehende Schokoladenfabrik in S 6 auf ihre baulichen möglichkeiten hin zu überprüfen, die Ausbauphasen zu gliedern und die Höhe der dafür benötigten finanziellen Mittel einzuschätzen.

Aus diesen Fachschaften wurden zur Arbeitsentlastung Ausschüsse gebildet, die z.B. besondere Themenbereiche der Konzeption erarbeiten oder die Verhandlungen mit der Stadt führen.

#### Vollversammlung und Delegierten-Vorstand

Anfänglich haben wir versucht, in der Vollversammlung unsere Vorstellungen zur Gesamtkonzeption zu diskutieren und zur Entscheidung zu bringen. Der Umfang der Problemstellungen machte sehr bald Arbeitskreise nötig, aus denen sich die einzelnen Fachschaften herausgebildet haben. Sehr bald wurde deutlich, daß die in den Fachschaften entwickelten Vorstellungen nicht mehr in der Vollversammlung ausdiskutiert und zur Entscheidung gebracht werden konnten. Die Diskussionen zogen sich mehr und mehr hin. Um die Arbeit besser koordinieren zu können, und damit auch rascher entscheidungsfähig zu sein, hat sich aus den Fachschaften ein Delegiertenvorstand gebildet. Die Erfahrungen unserer Arbeitsweise im Verhältnis von Vollversammlung und Delegierten-Vorstand wurden in dem juristischen Modell der Selbstverwaltung weiterentwickelt.

Die Arbeit in den Fachschaften wie die Vollversammlung sind iffentlich, so daß jeder interessierte Jugendeliche zu jewer Zeit in die Arbeit mit einsteigen kann.

Freizeit bedeutet von der Berufsarbeit, also unfreien Zeit, ausgesparte, übriggelassene Zeit, wodurch der Schein des frei verfügbaren, individuell Gestaltbaren entsteht.

Die Arbeitssituation ist dedurch gekennzeichnet, daß der Arbeitende sich den technischen und sozialen Bedingungen des Arbeitsplatzes widerstandslos zu fügen hat; denn er ist auf denjenigen angewiesen, der ihm den Lohn bezahlt. Seinen Lohn braucht er, um sich am Leben zu erhaltenund durch den Kauf von Waren seine Bedürfnisse zu befriedigen. Die Produktion soll zur Bedürfnisbefriedigung ein vielfältiges Warenangebot bereitstellen, dessen Verkauf möglichst großen Gewinn abwerfen muß. Das Profitinteresse ist Ausgangspunkt der Warenproduktion, die Bedürfnisbefriedigung aber nur ein Nebenprodukt des Produzierens.

An diesem Zustand haben diejenigen ein Interesse, die im Besitz der Produktionsmittel sind und damit den Arbeitenden zwingen können, für sie zu produzieren. Diese Fremdbestimmung der Arbeit hindert daran, ein befriedigendes Verhältnis zu ihr und ihren Produkten herzustellen. Arbeit bedeutet nur noch sicherung des Lebensunterhaltes.

Hieraus ergibt sich, wie wichtig der Freizeitbereich ist, der nun mit all dem ausgefüllt werden soll, waseinem in der Berufssphäre versagt bleibt. Weiterhin möchte man die im Arbeitsprozess durch zunehmende Reduzierung des Arbeitsvollzugs auf einfachere, sich immer wiederholende und somit stupide Handgriffe verkümmerten rähigkeiten und die durch immer weiter fortschreitende Arbeitsteilung, durch vollkommen beziehungslose und isolierte Tätigkeiten und durch die immer härter werdende Konkurrenzsituation gestörten sozialen Beziehungen entwickeln und aufbauen.

All diese Gefühle, Nünsche und Angste, die in diesem versuch stecken, werden von der Freizeitindustrie aufgegriffen und die ohnehin meist nur kläglichen Versuche, Eigeninitiative zu entwickeln, werden in einer riesigen Warenschwemme erstickt. Dieser gesteigerte Konsum soll verhindern, daß Bewußtsein darüber entsteht, wie wenig man doch in der Lage

Wenn Freizeit als von der Arbeit bestimmte, aber nicht mit ihr identische Zeit sinnvoll und im Sinne praktischer Veränderung genutzt werden soll, kann sie sicher nicht als Freiraum begriffen werden. Denn die Art und Weise ihrer Gestaltung wird immer über die Arbeitssphäre vermittelt sein müssen, und auftretende Konflikte werden nicht als Probleme der Freizeit behandelt werden können, sondern werden in ihrer Behandlung und Bewältigung immer wieder zur Arbeitssphäre zurückkehren müssen. Von dieser Erkenntnis muß die Arbeit im Jugendzentrum bestimmt sein.

KRITIK 4

Die Freizeitindustrie scheint uns viele Möglichkeiten anzubieten, unsere Freizeit zu gestalten. Sie tut so, als seien ihre Produkte Quellen der Lebensfreude und gleichsam Geschenke an uns, aber wer sich letztlich freut und wer sich etwas schenkt, sind diejenigen, die an uns verdienen. Diese Funktior erfüllen auch diejenigen Lokale, in denen vornehmlich Jugendliche verkehren, seien es nun Cafés oder Clubs oder Diskotheken. Diese Einrichtungen haben den Zweck, ihren Besitzern möglichst viel Geld einzubringen. Man bietet dort popig gestaltete Räume zur Kommunikation an. Doch man reduziert die eventuell mögliche Kommunikation durch meistens ununterbrochene und zu laute Musik auf ein Minimum. Allenfalls läßt sich die bestehende Vereinzelung kompensieren im gemeinsamen Hören einer allen gemeinsamen Musik, wobei man allerdings schon wieder fragen muß, was da im Hören gemeinsam erlebt wird. Wie man hier Kommunikationsunfähigkeit überwinden kann, steht nicht zur Debatte. Man kann also gut Räume, um sich zu treffen, und Gemeinsamkeit im Konsum lauter Musik, kaufen, aber qualitativ schlechte Kommunikation, völlig beliebig, gegen viel Geld. Schon für diejenigen aber, die Musik als Instrument möglicher Kommunikation verstehen und keine Lust haben, sich jeden Abend von ihr totschlagen zu lassen, gibt es als Alternative nur die öffentlichen Anlagen oder den Fernseher daheim.

Die meisten der Diskotheken, die auch den Großteil der Jugendlichen anzuziehen wissen, sind Diskotheken mit Frackzwang Mittels Türstehern (Rausschmeißern) suchen sich diese Diskotheken ihre Besucher im Hinblick auf deren finanziellen Hintergrund aus. Für seine soziale Angepaßtheit, die bereits öffentlich nach Representation verlangt, laßt man diese Jugendlichen noch ganz schön bezahlen. Hier herrscht immer Getränkezwang, meistens sogar Alkoholzwang, denn man bekommt oft das Cola nur mit Schuß und een Orangensaft nur mit Gin. Die Preise pro Getränk liegen nicht unter zwei Mark. Diese Diskotheken erzwingen die sozial einheitliche Zusammensetzung des Publikums, selektieren sie durch hohe Preise und "sozialisieren" sie durch den Zwang zu gepflegtem Außeren.

Demgegenüber fangen Kellerclubs und Studentenkneipen die je-

Die öffentlichenEinrichtungen bieten als "Heime der offenen Tür" an, auch den weniger bemittelten Jugendlichen Treffpunkte zu schaffen. Der sogenannten Zwanglosigkeit der Diskotheken, die den sozialen Status des Jugendlichen kontrolliert, steht in den öffentlichen Einrichtungen Reglementierung durch Hausordnung und Aufsichtspersonal und vor allem jene Athmossphäre der Gereiztheit, daß man hier eigentlich unerwünscht ist, gegenüber. von der Möglichkeit, demokratische Prozesse, d.h. Konfliktlösungen, wie sie für das Zusammenleben notwendig sind, in Gang zu bringen, wird wenig Gebrauch gemacht. Man hat die Lösung schon durch Verbot und Druck von oben. Selbst fortschrittliche Sozialarbeiter, die mit den Jugendlichen zusammenarbeiten wollen, scheitern an den Jugendgesetzen und an der behördlichen Aufsicht. Das Angebot an Freizeitmöglichkeiten emtspricht der erzieherischen Perspektive: pluralistisch reichhaltig, aber es bringt nichts, weil es allzu sehr vorprogrammiert ist. In diesem Sinne besteht auch kein qualitativer Unterschied zu dem Freizeitvertreib der Diskotheken: hier wie dort werden irgendwelche Programme konsumiert. Der gelegentliche Freiraum der Mitsprache, der nur belanglose Entscheidungen zuläßt, verschleiert, daß hiermit nicht auf die Interessenlage der Jugendlichen geantwortet wird, sondern daß es eher darum geht, mit Beschäftigungstherapien die Jugendlichen von der Straße wegzubringen.

Die Tendenz, in den Innenstädten kapitalkräftige Unternehmungen zu konzentrieren, hat dazm geführt, daß soziale Einrichtungen aus ihnen verdrängt wurden. Der Glaube, daß die City primär Warenumschlagplatz zu sein habe gegenüber peripheren Wohngebieten, hat sich städteplanerisch als falsch erwiesen. Die City als Lebensraum wurde ihren Bewohnern entfremdet. Die Herrschaft der Profitinteressen gerade bezüglich des innenstädtischen Baugrundes läßt im Konfliktfalle eher ein Warenhaus, einen Versicherungspalast oder ein Verwaltungsgebäude als ein Jugendzentrum entstehen. Für die Jugendlichen jedoch ist gerade der Stadtkern einer Stadt ein erhöhter Anziehungspunkt. Das Dentrum der Stadt wird von ihnen als Dereich emotionaler Erlebnissteigerung angesehen, was ja auch seine sozialgeschichtliche Komponente hat in der Tatsache, daß Stadtluft ursprünglich frei machte.

Der Warenumschlagplatz City vertreibt denjenigen, der nicht unbedingt konsument sein will. In Hinterhofkellern können sich für Jugendliche als Treffpunkt geeignete Einrichtungen. die nicht der vorprogrammierung des Vergnügungsgewerbes folgen wollen, gerade noch ansiedeln, ständig bedroht von Verwaltungsbehörden und den Protesten der Anlieger. Die Tatsache, daß in den innerstädtischen Ballungsgebieten einfach zu wenig Raum durch städteplanerische versäumnisse der Jugend zur Verfügung steht, stößt zusammen mit dem erhöhten Bedürfnis nach Kommunikation. So glaubt der Jugendliche auch, im Stadtzentrum Kontakte finden zu könner, die er in\_den auf gegenseitige Isolation ausgerichteten Vorortsiedlungen nicht findet. Der Jugendelub Experiment auf der Vogelstang wurde geschlossen, weil die Isolationsbedürfnisse, sprich Ruhe, der dort anliegenden Fewohner wichtiger war als die Kommunikationsbedürfnisse der Jugend. Andere Jugendliche wandern aus den städtischen Jugendheimen in den Randgebieten ab in das Stadtzentrum.

In der Innenstadt mannheims existiert kein Jugendzentrum, das nichtorganisierten Jugendlichen die möglichkeit bieten würde, dort ihre Freizeit zu verbringen. Die in der Innenstadt vorhandenen Einrichtungen sind in der Hand von Vereinen und Verbünden, so daß dort nur diejenigen Jugendlichen

eine Chance haben, die sich in dem Verein organisieren. Solche vereinsgebundenen Jugendfreizeitstätten werden von einem Großteil der Jugendlichen abgelehnt. Sie fühlen dort ihre Interessen manipuliert.

Deshalb fordert die AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG als Interessenvertretung der Mannheimer Jugendlichen aus grundsätzlichen Erwägungen wie aus den Erfahrungen der letzten Wochen die Errichtung eines unabhängigen Jugendzentrums in der Innenstadt Mannheims unter der Selbstverwaltung der Jugendlichen.

In dieser Forderung sind enthalten:

- 1) Die Berücksichtigung eines akuten Notstandes; deshalb fordern wir die Bereitstellung räumlicher Möglichkeiten innerhalb der von der AKTICN JUGENDZENTRUM mit dem Dezernat für Sozialwesen vereinharten Zweimonatsfrist. wir bieten demgegenüber an unsere Fähigkeit zur Selbsthilfe und Aktivierung, die gemäß der getroffenen Vereinbarung sich mit der Vorlage dieser Konzeption innerhalb der gesetzten Frist erledigt.
- 2) Die Anerkennung der Zielsetzungen der AKTION JUGENDZENTRUM im Sinne der Gemeinnützigkeit; deshalb fordern wir
  die Unabhängigkeit des Jugendzentrums gegenüber der
  Stadt und rufen hiermit auf zur Bildung eines unabhängigen, gemeinnützigen Vereins, der diese Zielsetzungen als
  Rechtstrager vertritt. Wir bieten an die Weiterarbeit
  der in der AKTION JUGENDZENTRUM organisierten Jugendlichen am konkreten Aufbau des Projekts.
- 3) Die besondere Interessenlage der Jugendlichen; deshalb fordern wir die Unabhängigkeit des Jugendzentrums in seiner inneren Organisation im Sinne der Selbstbestimmung. Vir bieten an die Durchführung des Projekts in der Form eines juristischen und pädagogischen Modells.
- 4) Die besondere finanzielle Lage der Jugendlichen; deshalb fordern wir die Finanzierung des Projekts aus Geldern der öffentlichen Hand im Sinne der Jugendwohlfahrt, sowie die Perspektivbildung der öffentlichen Jugendpflege auf längere Sicht aus den Ergebnissen des Projekts.

## DIREKTE DEMOKRATIE

5.

Hinter der Forderung nach Selbstverwaltung steht für uns die Idee einer direkten Demokratie. Diese Idee wird in parlamentarischen Systemen immer dann aktuell, wenn verselbständigte Bürokratien oder Repräsentativorgane des Staates nicht mehr imstande sind, elementare Interessen der Bevölkerung zu vertreten. Die breite Bewegung Bürgerinitiativen, die in den letzten Jahren entstanden ist und mit aller Entschiedenheit ihre Interessen als Forderungen der Selbstbestimmung in nahezu allen Lebensbereichen vertritt, zeigt deutlich genug, daß hier ein Mangel der nach der Verfassung geforderten demokratischen Praxis vorliegt, der nach Abhilfe verlangt. Parteien und Parlamente sind in zunehmendem Maße nurmehr am formalen Ausgleich der vom bestehenden System produzierten Konsumenten-Interessen orientiert. Sie stützen sich auf jenen zahlenmäßig größeren Teil einer schweigenden, weitgehend entpolitisierten Offentlichkeit, ohne von sich aus nach den Bedürfnissen zu fragen, deren Befriedigung die Menschen erhoffen. wenn ihr Leben lebenswert bleiben soll. Im Gegensatz zu einer erstarrenden Formaldemokratie zielen Bürgerinitiativen auf die Verwirklichung demokratischer Ideen.

Eine Demokratisierung der Gesellschaft muß in denjenigen Bereichen erfolgen, die die alltäglichen Erfahrungen der Menschen bestimmen. Dazu gehört für uns Jugendliche sowohl der jeweilige Ausbildungs- und Arbeitsplatz als auch die angebotenen - oder besser nicht angebotenen - Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Wenn wir hier keine Kontroll- und Selbstbestimmungsrechte gewinnen, werden wir auch künftig im gesell schaftspolitischen Bereich eher nur Objekte von manipulierenden Eliten als Subjekte sein.

Instrument der Selbstbestimmung ist die Selbstverwaltung. Selbstverwaltung als praktische Erziehung zur Selbsttätigkeit ist keine Forderung, die nur von außen - Zitat: "Ihr seid ja bloß vom Osten manipuliert!" - an eine hochindustriealisierte Gesellschaft herangetragen wird. Die Forderung nach Selbstverwaltung ist eine Antwort auf die industrielle Entwicklung selbst. Die wachsende industrielle Mechanisierung die auf die Lebensverhältnisse zurückwirkt, und die notwendig damit verbundene Verbürokratisierung, die diese Lebensverhältnisse erst recht immer undurchschaubarer macht, ver-

langt nach neuartigen Kooperationsformen unter den Individuen. Erst in relativ autonomen Einheiten entsteht ein Aktionsspielraum, der Lebenserfahrung und Lebensbewältigung überhaupt noch gerantiert.

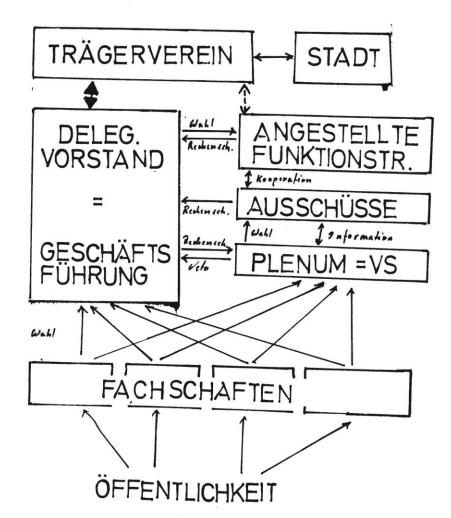
Diese neuen Formen einer Verbindung von Kollektiv und Individualität sind für den aktiven Fortbestand der Industriegesellschaften lebensnotwendig. Die eingefahrenen Befehls- und Abhängigkeitsverhältnisse werden unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirtschaftlichkeit zunehmend unproduktiv. Die Überentwicklung der Bürokratien repräsentieren diesen Vorgang am deutlichsten. Diese Unproduktivität als Fehlen möglicher Aktionsspielräume belastet gerade uns Jugendliche. Wenn man uns Unproduktivität anlastet, als hätten wir sie erfunden-- Zitat: "Leistet erst mal etwas!" -, verkennt diese Gesellschaft ihre eigene Lage bis zum Selbstbetrug. Um so entschiedener muß es unsererseits um die Realisierung direkter Demekratieformen gehen, in denen sich politische und soziologische Phantasie allererst wieder zu Produktivkräften ausbilden können. In einem realisierten Jugendzentrum sehen wir dafür den konkreten Ort.

Das muß sich auch in der juristischen Konzeption der Selbstverwaltung niederschlagen. Es geht darum, dem einzelnen Jugendlichen möglichst unmittelbare Vertretung seiner Interessen und Einflußmöglichkeit zu verschaffen und zugleich die ausreichende Kontrolle der im Jugendzentrum zusammengefaßten Aktivitäten zu gewährleisten. Das von uns vorgelegte juristische Modell führt überlegungen des deutschen Jugendinstituts über "Modelleinrichtungen von Jugendfreizeitstätten in der BRD" fort. Die Aktivität der jetzigen Bürgerinitiative endet nicht in der Vorlage dieser Konzeption, sondern beginnt allererst mit ihrer Realisierung.

Somit steckt in unserer Forderung nach Selbstverwaltung die weitergehende Perspektive, Politik als eine von den gesellsschaftlichen Lebenserscheinungen arbeitsteilig getrennte und von ihnen isolierte Sphäre aufzuheben.

## MODELL DER SELBSTVERWALTUNG

5.1



Die Organe der inneren Selbstverwaltung sind Fachschaften, Deligierten-Vorstand und die Vollversammlung. Dazu treten Ausschüsse und festangestellte Funktionsträger zur Beratung, Verwaltung und Versorgung. Ein Trägerverein vertritt die Konzeption des Zugendzentrums als gemeinnützige Einrichtung nach außen.

#### Die Fachschaften :

Der Besuch und die Benützung der Einrichtungen des Jugendzentrums stehen jedem Jugendlichen offen. Von der Zielsetzung der Selbstverwaltung her ist es entscheidend, daß die einzelnen Jugendlichen aus ihren Bedürfnissen Aktivitäten entwickeln, d.h. Fachschaften gründen und aufbauen oder in schon bestehende Fachschaften eintreten. Jeder Jugendliche kann in mehreren Fachschaften tätig sein. Eine Fachschaft sollte, um arbeitsfähig zu sein, aus mindestens sieben Mitgliedern bestehen.

Die Fachschaften sind die Träger der Projektarbeit im Jugendzentrum. Sie bestimmen sich selbst aus ihrer inhaltlichen Zielsetzung, z.B. der Einrichtung von Merkstätten, Arbeitskreisen, Spielgruppen usw. Mit dem Aufbau einer Fachschaft verwalten die in ihr organisierten Jugendlichen auch die von ihnen geschaffenen Einrichtungen selbst. Die Fachschaften sind im Sinne der Gesamtkonzeption des Jugendzentrums verpflichtet, auch untereinander zu kooperieren, insbesondere beim Lufbau neu entstehender Fachschaften mitzuhelfen.

Fachschaften können von Interessenten jederzeit gebildet werden. Der Antrag auf die Gründung wird in der Vollversammlung eingebracht. Der Antrag ist damit zu begründen, daß der antragstellende Jugendliche, bzw. die antragstellende Gruppe am Aufbau dieser Fachschaft selbst interessiert ist und in ihr mitarbeiten will. Der Jugendliche, der sich in einer Fachschaft organisiert hat, ist als stimmberechtigtes Mitglied der Fachschaft und der Vollversammlung anzusehen sowie in den Delegierten-Vorstand und die Ausschüsse wählbar.

Die Fachschaft entsendet mindestens einen und höchstens drei Delegierte in den Vorstand, die durch Wahl ermittelt werden. Empfehlung: Die Zahl der Deligierten im Vorstand ändert sich mit der Zahl der Fachschaften. Es empfiehlt sich, um den deligierten Vorstand arbeitsfähig zu erhalten, die Anzahl seiner Mitglieder auf 15 zu begrenzen. Das hieße, daß sich die Zahl der Deligierten von 3 auf 2 verringert, bzw. von 2 auf einen, sobald sich die Zahl der Fachschaften auf über 5, bzw. 8 erhöht. Über den Zeitpunkt der Reduzierung der Deligierten-Anzahl entscheidet der Vorstand. Im Anschluß daran wählen die Fachschaften je einer ihren Delegierten aus dem Vorstand ab. Bei mehr als 15 Fachschaften entscheidet der Delegiertenvorstand über die Zusammenfassung von Fachschaften in eine. Anschließend wählend die zusammengefaßten Fachschaften gemeinsam einen neuen Delegierten in den Vorstand.

Jeder Jugendliche kann nur als Vertreter einer Fachschaft in den Delegierten-Vorstand gewählt werden. Die in den Vorstand delegierten Mitglieder einer Fachschaft sind nur durch diese Fachschaft selbst abzuwählen, es sei denn, der Delegierten-Vorstand beschließt die Auflösung einer Fachschaft.

Die Fachschaften halten in ihrem Ermessen liegende Fachschaftssitzungen ab, insbesonders im Hinblick auf neu durchzuführende Projekte und veranschlagung der für das Projekt benötigten finanziellen Mittel.

#### Der Delegierten-Vorstand :

Der Delegierten-Vorstand setzt sich zusammen aus den Vertretern der Fachschaften. Die Vorstandssitzungen finden mindestens 14-täglich und öffentlich statt. Die Ausschüsse und die angestellten Funktionsträger können beratend zu diesen Sitzungen hinzugezogen werden.

Der Delegierten-Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit. Er ist in seinen Einzelentscheidungen weder gegenüber dem Trägerverein noch gegenüber der vollversammlung weisungsgebunden. Er ist dem Trägerverein und der Vollversammlung rechenschaftspflichtig. Als Organ der Selbstverwaltung übt der Delegierten-Vorstand die Geschäftsführung aus. Er ist voll verantwortlich für die Durchführung der Konzeption des Jugendzentrums und für die Verwaltung der finanziellen Mittel. Der Delegierten-Vorstand wird in seiner Funktion als Geschäftsführer vom Trägerverein bestätigt.

Die Aufgaben des Delegierten-Vorstandes sind :

- 1.) Die Planung und Entscheidung in allen das Jugendzentrum betreffenden Angelegenheiten, soweit diese nicht den Fachschaften und der Vollversammlung vorbehalten sind.
- Die Übertragung von Aufgaben der Geschäftsführung auf die festangestellten Funktionsträger.
- 3.) Die Bestätigung der im Jugendzentrum tätigen oder neu entstehenden Fachschaften.
- 4.) Der Ausschluß von Einzelpersonen, bzw. die Auflösung von Fachschaften, wenn ein entsprechender Anlaß gegeben ist. Der Ausschluß, bzw. die Auflösung wird durch die Geschäftsordnung begründet.
- 5.) Die vierteljährliche Erstellung und Veröffentlichung eines Berichtes über die Aktivitäten der Fachschaften.
- 6.) Die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Trägerverein und der Vollversammlung.

Der Delegierten-Vorstand ist verplichtet, die Anträge auf Errichtung einer Fachschaft einer Entscheidung zuzuführen. Er hat die Jugendlichen, die sich in einer Fachschaft organisieren wollen, zu seinen eigenen Beratungen hinzuziehen. Bei der Entscheidung über die Errichtung dieser Fachschaft zählt die Initiative als eigene Stimme, entsprechend dem Stimmenanteil, mit dem die bereits bestehenden Fachschaften im Delegierten-Vorstand vertreten sind. Die Ablehnung auf Errichtung einer Fachschaft ist schriftlich zu begründen und im Jugendzentrum öffentlich bekannt zu machen.

Der Delegierten-Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung. Anträge auf Anderung der Geschäftsordnung bedürfen der 2/3 Mehrheit der Vollversammlung.

#### Die Vollversammlung:

Die Vollversammlung findet mindestens einmal monatlich statt. Sie ist auch für die nicht stimmberechtigten Mitglieder öffentlich. Die Vollversammlung wird vom Delegierten-Vorstand einberufen durch öffentliche Bekanntmachung im Jugendzentrum und von ihm geleitet.

#### Die Aufgaben der Voltversammlung sind:

- 1.) Die Behandlung von Anträgen. Anträge werden nach Diskussion im Plenum mit einfacher Mehrheit angenommen und an den Delegierten-Vorstand bzw. an den dafür zuständigen Ausschuß überwiesen. Im Bedarfsfalle ist ein eigener Ausschuß zu wählen. Anträge können auch von Jugendlichen gestellt werden, die nicht in der Vollversammlung stimmberechtigt sind. Sie nehmen nicht an der Abstimmung über die Annahme des Anträgs teil.
- 2.) Die Initiierung von Fachschaften. Anträge auf Einrichtung neuer Fachschaften gelten durch einfachen Mehrheitsbeschluß als angenommen. In diesem Falle ist auch der noch nicht in einer Fachschaft organisierte Jugendliche, der diesen Antrag gestellt hat, bzw. die entsprechende Gruppe in der Vollversammlung stimmberechtigt.
- 3.) Die Berichterstattung der Fachschaften über ihre Tätigkeiten.
- 4.) Die Bildung von Ausschüssen. Die für den jeweiligen Ausschuß vorgeschlagenen Jugendlichen werden mit einfacher Mehrheit gewählt.
- 5.) Die Berichterstattung der Ausschüsse über ihre Tätigkeiten.
- 6.) Die Berichterstattung des Delegierten-Vorstandes über seine Tätigkeit im Hinblick auf die Gesamt-konzeption des Jugendzentrums. Die Vollversammlung hat gegenüber allen Planungen und Entscheidungen des Delegiertenvorstandes ein Veto-Recht.

Die Vollversammlung ist mit den Stimmen der an der Versammlung teilnehmenden Fachschaftsmitglieder beschlußfähig. Bei Anträgen auf Anderung der Geschäftsordnung müssen mindestens 2/3 der im Jugendzentrum tätigen Fachschaftsmitglieder anwesend sein.

#### Die Ausschüsse :

Für besondere Aufgaben, die nicht innerhalb der Fachschaften, vom Delegierten-Vorstand und den angestellten Funktionsträgern bewältigt werden können, beschließt die Vollversammlung auf Antrag die Bildung von Ausschüssen. In den Ausschüssen können auch Jugendliche tätig werden, die keiner

Fachschaft angehören. Jeder dieser Ausschüsse hat eine zeitlich, organisatorisch und inhaltlich begrenzte Aufgabe zu erfüllen. Der Ausschuß ist dem Delegierten-Vorstand rechenschaftspflichtig und wird nach Abschluß der Arbeit von diesem aufgelöst. Ausschüsse, die eine längerfristige oder andauernde Tätigkeit übernehmen, haben die Aufgabe, die Vollverversammlung ständig zu informieren und sich aus der Vollvervsammlung heraus arbeitsfähig zu halten. Jedes Fachschaftsmitglied kann verpflichtet werden, nach seinen zeitlichen. Möglichkeiten für eine befristete Zeit in diesen Dauer-Ausschüssen tätig zu werden. Die Dauer-Ausschüsse befassen sich insbesondere mit Fragen der Verwaltung und Versorgung sowie der Offentlichkeitsarbeit.

#### Angestellte Funktionstrager:

Zur organisatorischen und padagogischen Durchführung sind festangestellte Mitarbeiter mit haupt- und nebenamtlichen Tätigkeitsbereichen notwendig, wie z.B. eine Geschäftsleitung, Sozialarbeiter, Hausverwalter, Studenten der Sozialarbeit, Arzte. Die angestellten Mitarbeiter sind Funktionsträger des Geschäftsführenden Vorstandes. Z.B. vertritt die Geschäftsleitung den Deligierten Vorstand als juristische Person. Die Funktionsträger werden durch Wahl im Deligierten Vorstand ermittelt, vom Trägerverein in ein Anstellungsverhältnis übernommen und sind dem Geschäftsführenden Vorstand rechenschaftspflichtig. Thre Aufgabe ist es. insbesondere mit den ausschüssen zu kooperieren, in den Fachschaften mitzuarbeiten und zu helfen, diese aufzubauen, und den Deligierten-Vorstand in organisatorischen und pädagogischen Fragen zu beraten. Durch ihre Integration in den Fachschaften sind sie stimmberechtigt in den Fachschaften und in der Vollversammlung. Sie sind nicht wählbar in den Beligierten-Vorstand.

Der Deligierten-Vorstand kann die Kündigung des zwischen dem Trägerverein und dem festangestellten Funktionsträger abgeschlossenen Arbeitsvertrages zum nächstliegenden Termin beschließen. Die Begründung dieses Beschlusses muß dem Trägerverein schriftlich vorgelegt werden. Akzeptiert der Trägerverein die Begründung nicht, so ist ein zweiter Beschluß des Deligierten-Vorstandes notwendig, für den eine 2/3 Mehrheit notwendig ist.

#### Trägerverein:

Der Trägerverein vertritt die Interessen des Jugendzentrums als gesetzlicher Vertreter in der Form eines gemeinnützigen Vereins. Der Trägerverein ist verantwortlich für die Bereitstellung der finanziellen Mittel, die zur Einrichtung und Durchführung des Jugendzentrums notwendig sind. Er verantwortete die Zielsetzung des Jugendzentrums vor der Öffentlichkeit. Zweck und Aufgaben des Trägervereins werden in einer entsprechenden Satzung festgelegt.

#### Verhättnis zu den Jugendverbänden:

Das Jugendzentrum steht grundsätzlich auch den in anderen Jugendverbänden organisierten Jugendlichen bzw. Gruppen offen. Im Sinne der Gesamtkonzeption können sich bestehende Gruppen aus anderen Jugendverbänden in Fachschaften integrieren, bzw. selbst eine solche aufbauen. Sie verlieren jedoch innerhalb des Jugendzentrums inren Charakter fester Vereinszugehörigkeit und müssen auch anderen nichtorganisierten Jugendlichen offen stehen.

#### Verhältnis zu den Wohlfahrtsverbänden:

Es kann nötig werden , Einrichtungen der Jugendfürsorge, z.B. Drogenverein, in das Jugendzentrum zu integrieren. Die Initiative zur Inansprüchnahme dieser Einrichtungen geht vom Delegierten -Vorstand aus. Die Integration der Wohlfahrtsverbände erfolgt durch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten innerhalb des Jugendzentrums. Sie stehen dem Delegierten- Vorstand beratend zur Seite und erweitern damit den Aufgabenbereich der festangestellten Funktionsträger. Sie bleiben als Wohlfahrtsverband selbstständig, sind gegenüber dem Delegierten-Vorstand nicht weisungsgebunden und bleiben somit auch außerhalb der internen Haushaltsberatungen.

Im dem Gespräch der AKTION JUGENDZENTRUM mit der Stadt am 8.5.72 wurde vereinbart, Räume ausfindig zu machen, die den anforderungen des Projektes entsprechen. Am 18.5.72 traf sich die Delegation , die diesbezüglich die verhandlungen führt, mit vertretern des Jugendamtes. Es stellte sich heraus, daß in der Einschätzung beider Seiten einzig die leerstehende ,ehemalige Schokoladenfabrik Bosch in S6 in Frage käme. Die Stadt hatte ihrerseits mit dem jetzigen Besitzer des Gebäudes vorklärende Gespräche geführt. Zwar ist das naus vom jetzigen Besitzer für circa aai '73 zum briß vorgesehen, aber der Stand der gegenwärtigen Planungen hinsichtlich einer Neubebauung läßt erwarten , daß das ebäude erst zu einem späteren weitpunkt abgerissen wird und somit auch noch länger benützt werden kann. Der Eigentümer wäre mit der Vermietung des debaudes an die Stadt einverstanden, sofern ihm dabei keine eigenem Aosten, bzw. haftrechtlichen verpflichtungen entstehen.

Die AKTION JUGENDZENTRUM halt das Gebäude für eine ausgezeichnete Lösung der anstehenden Problamatik und befürwortet deshalb die Weiterverfolgung des Projekts. Dem \_inwand , daß es sich heibei um ein Provisorium handle, steht entgegen, daß sich in der Fabrik die benötigte rasche Lösung der Raumfrage anbietet, der gegenüber die Stadt weder mit vorhandenen Raumlichkeiten noch mit geplanten Neubauten eine alternative anzubieten hat.

Die AKTION JUGENDZENTRUM hat deskalb in ikman Überlegungen zur konkreten Konzeption des Jugendzentrums diese Lösungsmöglichkeit aufgegriffen. In einer ersten Begehung am 19. 5.72 konnten wir uns über die Gesamtanlage des weitläufigen Gebäudekomplexes informieren. In einer zweiten Begehung am 26.5.72 wurden wir uns über die Nutzung von etwa 1/3 des Gesamtkomplexes klar. Daraus haben wir unsere Konzeption entwickelt, die von einem Kern der zunächst benötigten Räume ausgeht und in einer zweiten Ausbauphase die Einrichtung von Werkstätten mit dem Aufbau von Fachschaften kombiniert.

## DIE 1.AUSBAUPHASE

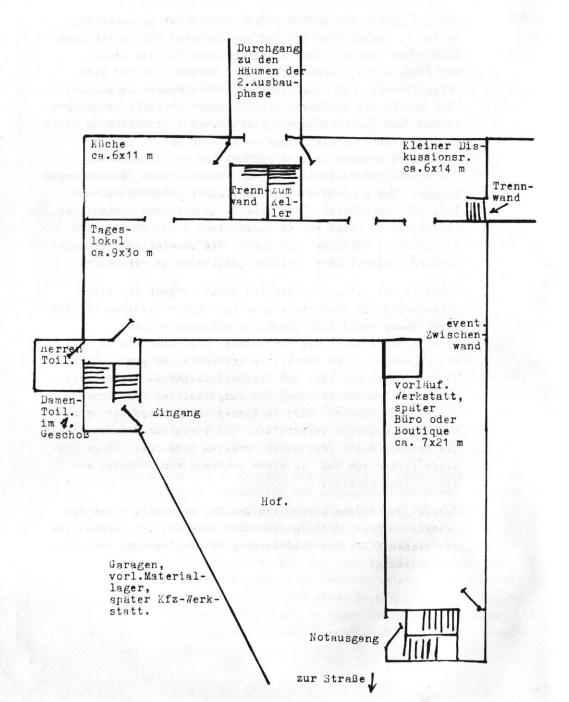
Für die Arbeit der AKTION JUGENDZENTRUM ist es notwendig, in der 1. Ausbauphase die für uns dringend benötigten gäumlichkeiten einzurichten. Räumlichkeiten für uns heißt, daß diese allen Jugendlichen offen stehen, so daß sich Offentlichkeit und Kommunikation untereinander herstellt. Hier sollen wir allererst einmal unsere Preizeit verbringen können mit verschiedenen Möglichkeiten , gemeinsam zu leben und gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln.

Wir denken deshalb an eine Kombination von Tageslokal, Diskothek. Informationsbüro und Diskussionsund Versammlungsräumen. Diese Kombination öffentlicher Aufenthaltsräume soll die Möglichkeit geben , die 2. Ausbauphase genauer zu projektieren, indem weiter Jugendliche fähig werden, ihre Situation zu erkennen und durch die Entwicklung verschiedenster Projekte ihre Freizeit qualitativ zu verändern.

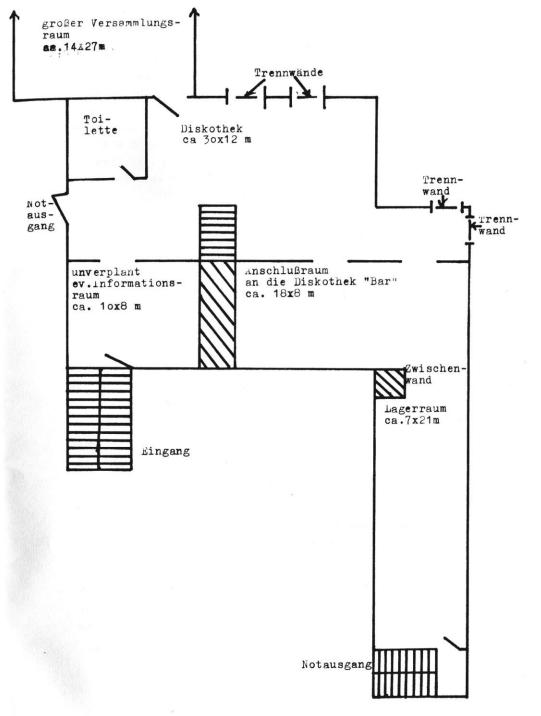
Schon in der 1. Ausbauphase ist unser Projekt von einer Veränderung des Freizeitbewußtseins bestimmt, sofern wir die gemeinsamen Räume auch gemeinsam aufbauen wollen. Es wird nötig sein, die vorhandenen Baulichkeiten in sich wie gegenüber nicht benötigten Gebäudeteilen abzusichern, sanitäre, elektrische und Meizungsanlagen zu installieren. sowie die Inneneinrichtung und Ausgestaltung der Räume zu übernehmen. Außerdem wird in dieser Ausbauphase der Grundstock zu späteren Werkstätten und Verwaltungsräumen gelegt. Wir rechnen damit , daß diese arbeiten durch die tätige Mithilfe vieler von uns in einem Zeitraum von 2Monaten erledigt sein könnten.

Unsere juristische Konzeption und die Notwendigkeiten des ausbaus bedingen und erganzen sich gegenseitig. Beides findet seinen konkreten Niederschlag in Überlegungen zur Haushaltsplanung.

## RAUMPLANUNG ERDGESCHOSS 6.11



## RAUMPLANUNG KELLER 6.12



## HAUSHALTSPLANUNG

6.2

Bezüglich der Haushaltsplanung ging die AKTION JUGENDZENTRUM davon aus, daß es sich bei dem Projekt der FABRIK um eine längerfristig anzusetzende Unternehmung handelt, die, wenn sie sich in ihrer Modellhaftigkeit bewähren sollte, sicher die Chance hat, auch nach dem Abriß der gegenwärtig vorgesehenen Räumlichkeiten weitergeführt zu werden. Deshalb unterteilt sich der veranschlagte Haushalt in laufende Personalausgaben und Unterhaltskosten (Miete, Strom etc.), in verlorene Investitionen, die in die bauliche Absicherung und Renovierung der FABRIK gesteckt werden müssen, und in Investitionen, die bei der Fortführung des Projekts in anderen Räumlichkeiten übernommen werden können.

Die veranschlagung der Ausgaben in einem 1. Haushaltsjahr beläuft sich auf ca. DM 600.000. Im einzelnen gliedert sich der veranschlagte Haushalt wie folgt:

I. Personalausgaben	IJ <b>M</b>	240.000
laufende Unkosten	MU	40.000
II. Bauliche Absicherung (1.Ausbauphase)	DM	30.000
Fremdarbeiten (1.Ausbauphase)	DM	15.000
Bauliche Absicherung (2. Ausbauphase)	DM	10.000
Fremdarbeiten (2.Ausbauphase)	DM	5.000
III. Installationen (1.Ausbauphase)		
Sanitäre Anlagen	DM	20.000
Elektrische Anlagen	DM	10.000
Heizungsanlagen	DM	25.000
Belüftungsanlagen	Mu	5.000
Installationen (2usbauphase)	DM	20.000
newegliche Inneneinrichtung (1usbauph.	) =	
Tageslokal - Küche	DM	15.000
Diskothek	MU	15.000
Diskussionsräume	DM	10.000
Tonträgeranlagen	DM	20.000
Werkstätten	DM	10.000
büroeinrichtung	DM	10.000
Werkstatten der 2. Ausbauphase	$\mathbf{M}$	100.000

In diesem Haushalt sind für die erste Aufbauphase DM 185 000.- zugrundegelegt, zuzüglich der anlaufenden Personalkosten für die ersten festangestellten Funktionsträger. Die Leistungen, die die Jugendlichen selbst durch den Einsatz ihrer Arbeitskraft erbringen, erscheinen nicht im Haushalt.

In den Kosten für die bauliche Absicherung der FABRIK sind die Materialkosten für notwendige bauliche Veränderungen innerhalb des Gebäudes, die Instandsetzung der Zugänge und Zugängswege, die Verglasung und Ausmalung, die Einrichtung einer Schlüsselanlage und einer Telephonzentrale, sowie die Versicherungskosten für die in der FABRIK arbeitenden Jugendlichen zusammengefaßt. In den Fremdarbeiten sind diejenigen Kosten zusammengefaßt, die von den Jugendlichen nicht geleistet werden können, und deren Ausführung die Hinzuziehung von Fachleuten bedarf.

In den Kosten für die sanitären Anlagen rechnen wir damit, daß ein Teil der Toilettenräume neu installiert werden muß. Ebenso werden die elektrischen Leitungen zum Teil neu verlegt werden müssen. Zur Beheizung der Räume sind Nachtspeicheröfen vorgesehen.

Die Kosten für Tageslokal, bzw. Küche, und Diskothek fassen Materialkosten und Inneneinrichtung, Schank- und Kühlanlagen zusammen. In den Tonträgeranlagen ist die technische Einrichtung der Diskothek, die auch als Verstärkeranlage für Musikgruppen dienen soll, die Hintergrundsmusik des Tageslokals und die Mikrophonanlage für den großen Versammlungsraum enthalten. Die Kostenaufstellung unter dem Stichwort Werkstätten enthält vornehmlich Werkzeuge aller Art, Bohrmaschinen usw. sowie zwei Hobelbänke. Mit der Büroeinrichtung, in der auch zwei Schreibmaschinen und eine Rechenmaschine enthalten sind, soll der verwaltungstechnische Ablauf der ersten Ausbauphase gewährleistet werden.

Der Haushalt soll, mit Ausnahme der Personalkosten, von der festangestellten Geschäftsleitung verwaltet werden, und wird vom Delegierten-Vorstand bei Bedarf abberufen. Der Personalhaushalt untersteht direkt dem Trägerverein.

Für die 2. Ausbauphase, in der die besonderen Aktivitäten des Jugendzentrums entwickelt werden sollen, stehen in einem Trakt der Schokoladenfabrik genügend Räume zur Verfügung, Die mäumlichkeiten sind in einem verhältnismäßig guten Zustand, so daß die tatsächlich verlorenen Investitionen gering bleiben werden. Mit der Inangriffnahme der 2. ausbauphase rechnen wir ungefähr zwei Monate nach der Beendigung der ersten. Die dazwischenliegende Zeit soll vor allem dazu dienen, die von den Jugendlichen entwickelten Vorstellungen weiter zu konkretisieren und in eine Gesamtplanung einzubringen.

An Einrichtungen, die von Seiten der Jugendlichen vorgeschlagen wurden, stehen bislang zur Diskussion : Autoreparaturwerkstatt; Schreinerei; Schneiderei; Elektrowerkstatt; Photolabor mit Erweiterung durch Videoanlage, bzw. Filmstudio, Siebdruckerei, Maleratelier, Tonstudio, Buchladen mit Leseräumen, Kinderladen, Kindertheater.

Im Sinne der Gesamtkonzeption wird es darauf ankommen, die einzelnen Projektbereiche auch untereinander zu vermittelm, z.B. die herstellung von Kinderbüchern im Zusammenhang mit der Arbeit im Kinderlagen. Ebenso gilt es, den Stellenwert der einzelnen Projektbereiche innerhalb der Gesellschaft auf einer theoretischen Ebene aufzuarbeiten, z.B. in Arbeitskreisen über Medienverwertung, Kinderfeindlichkeit usw.

Die zweite Ausbauphase ist für die Gesamtkonzeption des Jugendzentrums insofern von entscheidender Bedeutung, als in ihr die qualitative Veränderung der Freizeit allererst zur Erscheinung kommen kann. Sie ist deshalb nicht Anhängsel der ersten, sondern Zielpunkt, der sich erst durch die erste entwickeln kann. Für ihre effektive Realisierung ist eine längere Planung notwendig.

Die festangestellten Mitarbeiter sollten in dem Trakt der zweiten Ausbauphase Wohnmöglichkeiten wrhalten.

## AN DIE ÖFFENTLICHKEIT

In einer Situation, da vereinzelt bleibende Reformversuche im System der öffentlichen Jugendarbeit, der Ausbau therapeutischer Angebote und flexibler offener Hilfen als Alternativen zu der bisher autoritären oder blind experimentierenden Jugendförderung und der mit Zwängen und massiver Bedrohung operierenden Jugendfürsorge, es nicht vermocht haben, der permanent ansteigenden Wohlstandsverwahrlosung und -verelendung, die sich am Entstehen der Subkulturen, dem Anstieg der Kriminalität, der psychisch Ruinierten und der Süchtigen nach außen zeigt, Einhalt zu gebieten, sollte einer Initiative wie der AKTION JUGENDZENTRUM IN SELBST-VERWALTUNG die Beachtung der Öffentlichkeit eigentlich sicher sein.

8

Sie versucht unabhängig von staatlichen oder städtischen Behörden, denen in dieser Hinsicht die Hände gebunden sind. und deren Initiativen und Angebote die Jugendlichen aufgrund ihrer negativen Erfahrungen mit der Autorität und den Zwängen in Familie, Schule und Beruf skeptisch und meist ablehnend gegenüber stehen, sich der Probleme der Freizeitverbesserung anzunehmen. Von ebenso großem Interesse für die Öffentlichkeit sollte dabei sein, daß die Jugendlichen in ihrer scheinbar ausweglosen Situation zur Selbstinitiative greifen und damit dokumentieren, daß sie nicht länger bereit sind, den bestehenden Zustand zu akzeptieren, sondern daß sie sich über die Freizeit hinaus eigene Lebensperspektiven schaffen wollen.

Die AKTION JUGENDZENTRUM muß im Zusammenhang ähnlicher Versuche von Jugendlichen, sich zur Vertretung der eigenen Interessen zu organisieren, wie etwa im Lehrlingszentrum des DGB oder in vergleichbaren Aktionen in Meustadt, Andernach. Koblenz, die ebenso wie wir ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung fordern, gesehen werden. Sie alle verstehen sich in der Verwirklichung des Gedankens der kollektiven Selbsthilfe und Selbstorganisation als Alternativen zu den bisherigen Formen der öffentlichen Jugendarbeit.

Als wichtig für die Erfolgschancen des Projekts erweist sich, daß die gemeinsam getragene Eigeninitiative der Jugendlichen nicht auf die organisatorischen Fragen des Jugendzentrums, die verschiedenen Ausbauphasen, die Einrichtung, die Erstellung des Modells der inneren Selbstverwaltung und des Haushaltsplans beschränkt bleibt, sondern darüber hinaus inhaltliche Aktivitäten entwickeln, die über die Forderung nach einem Jugendzentrum hinausweisen und als politische zu definieren sind.

Es werden zunächst weiterhin Verhandlungen mit Behörden und Stadträten geführt werden müssen, Persönlichkeiten des öffent. lichen Lebens auf ihre Bereitschaft, im Trägerverein mitzuwirken, angesprochen werden müssen, Kontakte zu den in einer ähnlichen Problematik stehenden auswärtigen Jugendgruppen geknüpft werden müssen, und die Information der Öffentlichkeit über den Problemstand des Projekts in Veranstaltungen und Demonstrationen intensiviert werden müssen. Zugleich ist es für die Realisation unserer Konzeption und ihre Weiterentwicklung unerläßlich, sich weiter in Diskussionen mit anderen Jugendlichen über die eigene Situation Klarheit zu verschaffen. Es gilt, die bestehende Situation weiter gemeinsam zu analysieren, aus der die Notwendigkeit gemeinsamen solidarischen Handelns ständig neu hervorgeht. Die wonflikte in Schule, Beruf, Elternhaus gilt es dabei ebenso aufzugreifen wie die, die sich zum Beispiel durch die bestehende Jugendgesetzgebung ergeben. Und nicht zuletzt muß weiter über die verschiedensten Aspekte der Ausbeutung reflektiert werden, aus der unsere Aktivität allererst entstanden ist.

Deider haben die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt, daß die Offentlichkeit solche politischen Aktivitäten zum Anlaß nimmt, die pädagogische Qualität ähnlicher Projekte in Frage zu stellen. Einer entpolitisierten Offentlichkeit, die größtenteils unfähig ist, ihre gemeinsamen Interessen zu erkennen und ihre scheinbar individuellen Probleme als geselschaftliche zu begreifen, müssen solche politischen Aktivitäten als Signale unmittelbarer Bedrohung erscheinen. Demgegenüber sollte der Erfahrungsweg, den die Jugendlichen aus der Spontan-Demonstration über die Organisation in der AKTION JUGENDZENTRUM in die Projektierung der FABRIK beschritten haben, doch zu denken geben.

Es gilt auch weiterhin, Lernprozesse dieser Art zu stimulieren. Denn erst aus dem begreifen der gesellschaftlichen Zwänge gewinnen die Jugendlichen die Einsicht, daß sie nur durch Spolidarisierung untereinander die Möglichkeit zur Veränderung ihrer gesellschaftlichen Situation besitzen. In dieser Einsicht entwickelt sich allererst der Mut, auch praktisch handeln zu können. Erst ein entwickeltes Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein verringert die Wahrscheinlichkeit, daß die Jugendlichen weiterhin ihre verzweiflung und Uhnmacht reproduzieren und zu den scheinbaren Lösungsmöglichkeiten, wie sie sich in Subkulturen, Kriminalisierung und Drogenkonsum anbieten, greifen. Gerade ein Projekt wie die FABRIK muß auch dazu dienen, die Offentlichkeit an die bestehende Problematik heranzuführen. Es ist nicht von vorneherein zu garantieren, daß ein Projekt der vorliegenden art und Größenordnung krisenlos in Gang kommt und lebensfähig bleibt. Wir werden unsererseits durch ausreichende Information die Offentlichkeit an der Problematik eines solchen Projekts teilnehmen lassen, damit es als einer von vielen Ansatzpunkten zu den notwendigen gesellschaftlichen Lernprzessen erkannt wird.

Es ist zu hoffen, daß Behörden und Durchführungsorgane der Offentlichkeit sich nicht hinter Verwaltungsanordnungen und Gesetzesvorschriften verschanzen und damit die Arbeit unnötig erscheren oder gar blockieren; es ist weiterhin zu hoffen, daß der Gemeinderat der Stadt Mannheim zu einer raschen Entscheidung gelangt, damit die Arbeit allererst aufgenommen werden kann; und es ist zu hoffen, daß sich die gesamte Öffentlichkeit für weitere Gespräche und aktive Unterstützung der AKTION JUGENDZENTRUM bereit hält.